

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zustellung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ¢ für die dreigespaltene Veltzelle oder deren Raum berechnet

Ernstste Zeit.

Deutschland hat während des Krieges schon manche ernste Stunde erlebt; aber so ernst wie augenblicklich ist seine Lage noch nie gewesen. Im fernen Südosten hat der Bulgare unter dem Eindruck einer großen Niederlage die Entente um Frieden gebeten; in Palästina ist die Lage der Türken sehr stark bedroht und im Westen müssen unsere eigenen Heere seit Wochen vor einer gewaltigen feindlichen Uebermacht Schritt für Schritt zurückgehen. Wenn auch Deutschlands Grenzen noch nicht unmittelbar vom Feinde bedroht sind, so wird es doch heute in Deutschland keinen Menschen mehr geben, der noch daran zweifelt, daß Deutschland im wahren Sinne des Wortes einen Verteidigungskrieg führt. Eigentlich hat es ja diesen Krieg immer geführt; das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat niemals etwas anderes als sich verteidigen und bekämpfen gewollt; aber ein selbstisches alldritisches Maulheldentum hat leider viel zu lange diesen Tatbestand verdunkelt und durch sein ganzes Auftreten den Anschein erwecken dürfen, als sei Deutschland in Ost und West auf Eroberungen ausgegangen. Das zweideutige Verhalten unserer Regierung, ihre Schwäche gegenüber den Alldeutschen und ihre Abhängigkeit von der Militärgevalt, die Friedensschlüsse im Osten und manches andere trugen zur Verdunkelung dieses Tatbestandes nicht wenig bei.

Es muß heute ausgesprochen werden, daß dieses Treiben der Alldeutschen und dieses Verhalten der Regierung den Glauben der Volksmassen an den deutschen Verteidigungskrieg und den Glauben an die Gerechtigkeit der deutschen Sache auf das schwerste erschüttert hat. Wir wissen nicht, ob dies an der Front ebenso war — die verschiedensten Umstände deuten darauf hin —; aber das wissen wir, daß man sich im Lande selbst allmählich auch vor einem Deutschland zu fürchten begann, in dem sich dank der gewaltigen kriegerischen Erfolge die Militärgevalt immer unerschütterter an Stelle der Zivilgevalt setzte, in dem ohne Not der Belagerungszustand herrschte, in dem letzten Endes stets die militärische Macht über dem bürgerlichen Rechte stand. Man schob, mit Recht oder mit Unrecht, die Schuld an dem Hiniausgeraten der dringenden nötigen innerpolitischen Reformen den maßgebenden militärischen Stellen zu, und man hörte immer wieder mit wachsender Besorgnis die ganze Frage: Wie soll das bei uns erst werden, wenn den Militärs die Verwirklichung der alldeutschen Ziele gelingt? Man hielt in diesem Falle die Durchführung der innerpolitischen Reformen für gefährdet und selbst die mageren bürgerlichen Freiheiten der Vorkriegszeit durch die mit einer übermächtigen Militärgevalt Hand in Hand gehende Reaktion für bedroht. Daß all das nicht zur Stärkung des kriegerischen Willens beitrug, der doch zur siegreichen Verteidigung nicht minder nötig als zum Angriff ist, liegt klar auf der Hand. Das Volk wollte und will nicht für die Verwirklichung der alldeutschen Kriegsziele hungern, darben und bluten, an wenigstens mit der Aussicht auf Zustände, wie sie von unsern Reaktionären im Innern angestrebt werden.

Heute besteht nun die Möglichkeit, daß die Kriegsziele der Alldeutschen verwirklicht werden können, nicht mehr. Dagegen ist die Gefahr, daß unser Land und unser Volk unter die Stiefel der imperialistischen Eroberer der sogenannten „westlichen Demokratien“ kommen könnte, größer geworden, als sie jemals gewesen ist. Denn erobern und Plündern nehmen wollen diese „Demokratien“; von einem Frieden der Verständigung und Verständigung wollen sie nie und wollen sie alle zusammen auch heute noch nicht wissen. Wer daran alle gewöhnlich haben sollte, der wurde durch die schwarze Uebertreibung des österreichischen Friedensangebots, durch die hahnenstehende Rede des Präsidenten der französischen Republik und die Reden anderer Ententesenatsmänner aufs Neue belehrt.

Die Entente kämpft immer noch am Elb-Lothring; sie verlangt von Deutschland den Verzicht auf seine Kolonien, die Gewährung von Schadenersatz an Belgien, die Herausgabe deutschen Gebietes an Polen. Sie kämpft um die Zerstörung der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Weltgeltung. Würden ihre Ziele verwirklicht, so bedeutete

dies für Deutschland auf Jahrzehnte hinaus eine schwere Wirtschaftskrise, für die Arbeiterschaft aber die dauernde Verlängerung von Elend und Not.

Die Gefahr, in der heute unser Land und unser Volk schwebt, hat in der vergangenen Woche dazu geführt, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands mit der Frage beschäftigt hat, ob die Partei unserm Lande und Volk durch den Eintritt sozialdemokratischer Parlamentarier in die Regierung nützen könne. Parteiaussschuß und Reichstagsfraktion haben diese Frage bejaht. Sie haben aber für die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung eine Reihe Bedingungen formuliert, ohne deren Erfüllung die Partei ein erspriechliches Wirken ihrer Mitglieder in der Regierung und die Mitübernahme der Regierungsverantwortlichkeit nicht für möglich gehalten. Diese Bedingungen verlangen vor allem ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Verständigungsfrieden auf Grund der Friedensresolution des Reichstages, Auflösung des preussischen Landtages, wenn das Herrenhaus nicht unverzüglich dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zustimmt, tatsächliche Unterstellung der Militärgevalt unter die Zivilgevalt in allen politischen Angelegenheiten, Demokratisierung und Parlamentarisierung unserer gesamten öffentlichen Lebens.

Maßgebend war für diesen Entschluß die Hoffnung, daß es einer vom Vertrauen des überwiegenden Teils des deutschen Volkes getragenen sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung leichter möglich sein werde, den Frieden herbeizuführen, als dies einer unter dem Verdacht des Alldeutschtums stehenden rein bürgerlichen Regierung möglich sei, und maßgebend war darüber weiter der Wille der Sozialdemokraten, im Falle der fortgesetzten Ablehnung des Friedens durch die feindlichen Mächte die nationale Verteidigung mit allen vorhandenen Kräften zu führen.

Wißt jetzt ist es nun noch nicht zum Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung gekommen. Zwar halten alle Mehrheitsparteien die Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung für erwünscht; aber während die Sozialdemokraten erklären, daß für sie der Eintritt in die alldeutsche und willensschwache Regierung Hertling nicht in Frage komme, während sie also vor ihrer Teilnahme an der Regierung einen Kampferwechsel für notwendig halten, hielt das Zentrum bis jetzt am jetzigen Reichstag fest. Die Frage, was weiter geschieht, wird anstehend zur Zeit, wo wir dies schreiben, im Großen Hauptquartier geklärt. (Rang von Redaktionsausschuß kommt aus Berlin die telegraphische Mitteilung, der Reichstagsler v. Gerling und der Staatssekretär v. Hinghe hätten dem Kaiser ihre Resur zur Verfügung gestellt. Damit wäre eine wichtige Voraussetzung für den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung erfüllt.)

Zu Hauptaussschuß des Reichstages wurden der Regierung aus Anlaß der jetzigen gefährlichen Situation von allen Mehrheitsparteien scharfe Worte gesagt: Der sozialdemokratische Redner erklärte treffend, das Vertrauen des deutschen Volkes zur Regierung sei in geradezu tödlicher Weise verwirrschaft worden. Scharf wurde die schwächliche Haltung der Zivilgevalt gegenüber der Militärgevalt kritisiert und hierin dringend eine Aenderung verlangt. Der Reichstagsler sagte auch eine Einschränkung der Militärgevalt zu. Auch für die Durchführung des königlichen Wahlrechtsversprechens hat er sich aufs neue verbürgt. Andere Regierungsdvertreter hielten ebenfalls schöne Behauptungsgeworden. Es werden hoffentlich nicht darüber in Zweifel sein, daß dem deutschen Volke mit unserm Heer den Willen und die Kraft zu seinen großen Siegen gab und daß wir auch in Zukunft brauchen, wenn der Eroberungswille ungehörter En enteimplaristen am Lebenswillen des deutschen Volkes scheitern soll.

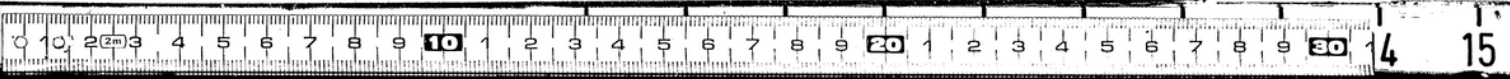
Die freien Gewerkschaften und der Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Dem nachfolgenden Artikel, der die Notwendigkeit des Volksbundes für Freiheit und Vaterland darlegt, geben wir gern Raum, so wie die Mitteilungen des Verfassers völlig teilen. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit bemerken, daß die Frei und Vater, wie einstige Mitglieder des Volksbundes bis jetzt dessen Verhandlungen mit einem Verständigungsfrieden unterstützt haben, und nicht zur Begeisterung für den Volksbund beitragen konnte. Wir erinnern hier nur an die höchst seltsame, fast noch unverständlicher rüchende Haltung bestimmter christlicher Gewerkschaftsbildner. Öffentlich hat die neueste Entwicklung der militärischen Lage dahin geführt, daß im Volksbund auch über diese Dinge eine wirklich einheitliche Meinung herrscht, so daß sich unsere Gewerkschaften durch ihre Zugehörigkeit zu diesem Bunde in der Friedensfrage nicht kompromittieren.

Reaktion des „Grundstein“.

Der Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland wird von den unabhängigen Sozialdemokraten nachstehenden Gewerkschaftsmitteln aufs schärfste angefeindet. Die Generalkommission soll durch diesen Beitritt, wie schon so häufig, den Klassenkampf und die Arbeiterinteressen verraten und sich in ein bürgerliches harmonisches Fahrwasser begeben haben. So genau man aber auch die gegen diese Handlung der Generalkommission gerichteten unabhängigen Zeitungsartikel und Neben durchsehen mag, findet man doch nirgends ein näheres Eingehen auf die tatsächlichen Gründe, die angeblich gegen den Beitritt zum Volksbund sprechen. Im allgemeinen beschränkt man sich auf zirkuläre, fast jollende phrasenhafte Redensarten. Da der Volksbund im Stampe der Unabhängigen gegen die Generalkommission und gegen die Politik des 4. August eine große Rolle spielt, muß die Frage einmal grundtieflich erörtert werden.

Zunächst wird zu prüfen sein, ob vom Standpunkt der Gewerkschaften und der klassenbewußten Arbeitergevalt das Zusammenarbeiten mit anderen Organisationsrichtungen und mit bürgerlichen Personen unter allen Umständen schon an sich zu verurteilen ist. Auf diesem Standpunkt haben bisher weder die Gewerkschaften noch die sozialdemokratische Partei jemals gestanden. Was sind vor dem Krieg und in besonders bösem Maße während des Krieges mit den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen oft zusammengegangen, und jeder denkende Arbeiter muß gerade diese Entwicklung lebhaft begrüßen. Zu jeder Zeit ist es von der klassenbewußten Arbeitergevalt aufs schärfste verurteilt worden, wenn man in der Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter aus religiösen, politischen und sonstigen Gründen aussonderte und verabschiedete organisiert und dadurch dem Unternehmertum Hilfe geleistet hat. Wie haben immer diese irregeleiteten Arbeitern als Vorbild die Arbeitgeber vorgehalten, die sich ohne Rücksicht auf solche Unterschiede nur als Arbeitgeber organisieren. Wenn jetzt die wirtschaftliche Not und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital dazu treiben, daß die Arbeiter (zunächst unter Aufrechterhaltung ihrer verschiedenen Organisations) doch zu einem weitgehenden Zusammenarbeiten kommen, so ist das als Stärkung unserer Kampfkraft gar nicht hoch genug zu schätzen. Aber auch das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Organisationen und Einzelpersonen ist von uns noch nicht grundsätzlich verurteilt worden. In unserer Agitation haben wir stets mit Vorliebe die unsern Bestrebungen günstigen Ansprüche bürgerlicher Personen verwendet, und während des Krieges haben Leute, die den Unabhängigen sehr nahe stehen, wiederholt mit Wirgerlichen zusammen gearbeitet und sogar mit ihnen Wahlen gemacht. Es sei nur daran erinnert, daß die ganz radikalen Guard Bernheim, Dr. Brechtel und andere in der Vereinigung „Zentrales Arbeiterrecht“ zusammen mit bürgerlichen Agitatoren waren. Es sei ferner daran erinnert, daß im November 1915 in Königsberg i. Pr., in dem Wahlfreis des unabhängigen Führers Reichstagsabgeordneten Hoop, die schon damals stramm oppositionell eskimote sozialdemokratische Parteileitung bei den Stadtverordnetenwahlen ein Kompromiß mit bürgerlichen Organisationen abschloß und einen gemeinsamen Wahlkampf mit der fortschrittlichen Partei, mit der wilddemokratischen nationalliberalen Partei und dem erzkonservativen Hans- und Grundbesitzerverein unternahm. Wenn ich also in Volksbund ebenfalls verschiedene Richtungen zur Vertiefung bestimmter Ziele zusammengefunden haben, so kann keine Rede davon sein,



dah die freien Gewerkschaften durch die Zusammenarbeit an sich irgendwiewe von dem Wege abgewandert sind, den sie bisher verfolgt haben.

Es kommt dann in weiterer Linie darauf an, ob bei diesem Zusammenschluß im Volksbund die Gewerkschaften von ihren bisherigen Grundgedanken etwas abgegeben haben. Es ist richtig und ganz selbstverständlich, daß eine Organisation, die verschiedene, sonst auseinandergehende Bestrebungen und Strömungen umfaßt, nicht in allen Einzelheiten ihr Ziel so weit festsetzen kann, wie jede der ihr angeschlossenen Organisationen. Die gemeinsame Organisation wird sich immer darauf beschränken müssen, ihre Anhänger auf ein gewisses Mindestprogramm zu vereinigen, alle Kräfte zusammenzufassen, um dieses Mindestprogramm durchzuführen, und wird es im übrigen ihren Angehörigen überlassen, innerhalb ihrer eigenen Organisationen ihre weitergehenden Forderungen selbstständig zu vertreten.

Was will nun der Volksbund? Er tritt zunächst ein für die schleunigste Herbeiführung eines Friedens, eines Friedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abnahme von allen gewaltsamen Eroberungen und Kriegsentzweiungen. Er verlangt weitestgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsform. Er verlangt Abnahme von irgendwelchem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schleunigste Durchführung einer allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischen Gebieten fordert der Volksbund die schneilste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Volksglieder zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne diskriminierende Einschränkungen, sowie rücksichtslosen Kampf gegen die Wahlfälschung. Er verlangt engste Fühlungnahme der Regierung mit der Volkvertretung und Einfluß der Volkvertretung auf die Zusammenlegung der Regierung. Er will weiterhin die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volkes an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Befestigung aller Ständerechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht.

Ist in diesen Forderungen, zu denen noch eine ganze Reihe ähnlicher hinzukommen, auch nur eine einzige enthalten, die nicht jeder Gewerkschafter und jeder Sozialdemokrat anerkennen kann und muß? Gewiß, es ist manches nicht der Fall, was die Sozialdemokraten und auch die Gewerkschaften fordern. Deswegen aber besteht der Volksbund doch seine ungeheure Bedeutung dadurch, daß er für dieses große Gebiet der Forderungen, die man als die zunächst wichtigsten bezeichnen kann, eine möglichst breite Kampffront aus allen Schichten der Bevölkerung und insbesondere durch Zusammenfassung aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenvereine schaffen will. Daß dieser Zusammenschluß gerade gegenwärtig dringend notwendig ist, bedarf keines weiteren Beweises, wenn man nur an die nachfolgende Organisation denkt, die sich die Arbeitergewerkschaften und die Freunde jeder fortschrittlichen Ausgestaltung Deutschlands in der Vaterlandspartei, dem Bund der Sozialisten, dem wiederzulebenden Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und in andern Organisationen geschaffen haben, die mit riesigen Mitteln aus den Millionen der Schwerindustrie und agrarischen Kriegsgewinnler arbeiten. Es ist auch bekannt, wie die Unternehmern durch den Kampf gegen die Gewerkschaften rüsten. Es würde geradezu ein nicht gutzumachender Fehler der Generalkommission gewesen sein, wenn sie sich von diesem Zusammenschluß im Volksbund ferngehalten hätte, wenn sie nicht neben der Forderung ihres selbständigen Kampfes auch diese Gelegenheiten zu fassen. Je mehr man den Kampf gegen die Generalkommission betrachtet, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß es sich hier gar nicht darum handelt, einen "Berat" der Arbeiterinteressen durch die Generalkommission zu verhindern oder wieder gutzumachen, sondern daß dieser Kampf den Unabhängigen lediglich eine erwünschte Gelegenheit bietet, den verhassten Gewerkschaftsführern wieder eins auszuwichsen. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn die Generalkommission den Beitritt zum Volksbund abgelehnt hätte, man von derselben Seite ihr den Vorwurf gemacht haben würde: "Seht nur, wie die Führer der Arbeiter diese Gelegenheit vorbeigehen lassen, um einen energiegelben Kampf für Frieden und freigeistliche Errungenheiten zu führen, weil sie schon vollständig in der Hand der Regierung sind und nicht mehr zu muften wagen. So gar die Bürgerlichen sind rabulater." Deshalb ist es notwendig, diesem sinnlosen Kampf entzweiende entgegenzutreten und überall die Mitarbeit der Gewerkschaften im Volksbund mit allen Kräften zu fördern. In der nächsten Zeit finden wichtige Entscheidungen im politischen Leben statt. Jede Gelegenheit, unsern Einfluß geltend zu machen, muß uns recht sein. Diese Gelegenheit ist uns im Volksbund durch das Zusammenarbeiten mit weitem Streifen der Bevölkerung in hohem Maße gegeben. Mögen die Gewerkschaftenführer überall, ohne Rücksicht auf die Zwickereien der Unabhängigen, auch auf diesem Gebiete im Interesse der Arbeiterklasse ihre Pflicht tun und für nachfolgende Fundgebungen im Sinne der Ziele des Volksbundes sorgen.

Es ist auch bekannt, wie die Unternehmern durch den Kampf gegen die Gewerkschaften rüsten. Es würde geradezu ein nicht gutzumachender Fehler der Generalkommission gewesen sein, wenn sie sich von diesem Zusammenschluß im Volksbund ferngehalten hätte, wenn sie nicht neben der Forderung ihres selbständigen Kampfes auch diese Gelegenheiten zu fassen.

Je mehr man den Kampf gegen die Generalkommission betrachtet, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß es sich hier gar nicht darum handelt, einen "Berat" der Arbeiterinteressen durch die Generalkommission zu verhindern oder wieder gutzumachen, sondern daß dieser Kampf den Unabhängigen lediglich eine erwünschte Gelegenheit bietet, den verhassten Gewerkschaftsführern wieder eins auszuwichsen.

der bisherigen Zulage zu erzwingen. Sicherung ausgegangen eine große Widererbt folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Angebot der Arbeitgeber und erklärt, daß das Angebot bei weitem nicht den Bedürfnissen und der Leistung entspricht. Sie bedauert, daß der Ratgeber der Leistung in keiner Weise Rechnung getragen wird. Wenn die Verhandlung demnach dem Angebot zustimmt, so nur darum, weil heute durch die Kriegswirren die Handlungslosigkeit der Arbeiter zu stark beugt ist."

Die Arbeiter zu stark beugt ist."

Berichte.

Bremen. Am 24. September beschäftigte sich eine sehr gut besuchte Versammlung mit dem Ergebnis der Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage. Kollege Rankenauer berichtete über den Gang der Verhandlungen und betonte, daß ihm das Ergebnis nicht befriedigte. Nach dem Teuerungszulageverhältnis hätte er mindestens 40 % Zulage erwartet. Auch die Staffelform der Zulagen wurde verworfen, da die Kollegen in den kleineren Erden ebenso unter der Teuerung zu leiden hätten, wie diejenigen in den Großstädten. Ferner hätte er erwartet, daß die Zulagen mit rückwärtiger Kraft, mindestens vom 1. August an, herab zu werden. Scherf warnte sich, Redner dagegen, daß der Arbeitgeberbund die Höhe als Höchstzulage betrage, da dieses in andern Gewerben doch auch nicht nötig sei. Redner habe es der Arbeitgeberbund wieder abgelehnt, über die Höhe der Zulagen zu verhandeln. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich zehn Kollegen. Einmalige Redner betonten, daß die vereinbarte Zulage viel zu niedrig sei. Nach dem Stand der heutigen Teuerung müßten wir wenigstens einen Stundenlohn von 1.8 haben. Ein Kollege erklärte, Schuld an dem niedrigen Angebot seien diejenigen, die es auf der Baustelle an der nötigen Energie fehlen lassen. Der letzte Redner sei die Rede des Bundesvorstandes, die über die Kollegen in den kleineren Erden, die nichts getan hätten, um die Durchführung eines Aufsatzes zu erhalten. Außerdem wird alles bestritten, bei solchen Anforderungen hätte jeder Arbeiter für jede Woche 300 Tage im Jahre mit 25 kg Gepäd jeden Tag 40 km weit marschieren, würde aber selbst bei der Kriegszustation kein Soldat ausfallen, noch weniger größere Massen, unter denen auch weniger Leistungsfähige sind.

Am 22. September beschäftigte sich unsere Mitglieder-Versammlung mit dem Ergebnis der Verhandlungen über eine neue Teuerungszulage. Die sehr lebhaftes Ausproben zeigte, daß die Kollegen von dem Ergebnis der Verhandlungen über die Zulagen sehr unzufrieden waren. Es wurde als ein unzulässiger Zustand bezeichnet, daß den Kollegen durch beratende Vereinbarungen teilweise wieder gewonnen wird, was sie sich durch eigene Kraft errungen haben. Dem Arbeitgeberbund wurde entgegengehalten, der Verhandlungsstand zu erörtern, bei den nächstfolgenden Tarifverhandlungen unter seinen Umständen wieder einer beratenden Bestimmung auszuweichen. Auch die Bestimmung, daß die vereinbarte Zulage von 24 % in zwei Teilen zu zahlen ist, wurde lebhaft kritisiert. Die Kollegen hatten erwartet, daß die Teuerungszulage, wenn nicht schon im September, so doch mindestens vom 1. Oktober an, voll gezahlt würde. Die ganze Ausproben zeigte, daß der Tarifgeheimnis der in den letzten Jahren eine erfreuliche Befähigung der Arbeiter über die Zulagen zu erörtern, bei den nächstfolgenden Tarifverhandlungen unter seinen Umständen wieder einer beratenden Bestimmung auszuweichen.

Was ist schwere körperliche Arbeit?

Der Verfasser der nachstehenden Abhandlung sucht die obenstehende Frage auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen von Gelehrten zu beantworten. Obwohl er dabei zu keinem sicheren Ergebnissen kommt, veranschaulicht er seine Arbeit doch, weil sie mindestens zeigt, in welcher Weise die Schwere der Arbeit wissenschaftlich festgestellt wird. Wenn es nach den Untersuchungen der Gelehrten sagen könnte, als ob die Bauarbeit im allgemeinen keine allzu schwere Arbeit sei, und wenn jemand daraus den Schluß ziehen wollte, daß die Bauarbeiter während des Krieges die Schwerstarbeiterzulagen nicht zu erhalten brauchen, so weisen wir demgegenüber darauf hin, daß die Bauarbeiter im allgemeinen in freier Luft arbeiten, was erfahrungsgemäß einen größeren Abnutzungszuschlag bedingt, als die Arbeit in geschlossenen Räumen.

einigen Aufsatze erhalten. Außerdem wird alles bestritten, bei solchen Anforderungen hätte jeder Arbeiter für jede Woche 300 Tage im Jahre mit 25 kg Gepäd jeden Tag 40 km weit marschieren, würde aber selbst bei der Kriegszustation kein Soldat ausfallen, noch weniger größere Massen, unter denen auch weniger Leistungsfähige sind.

mehr oder weniger wirksamer gemacht werden kann, wenn die Belüftung nicht genügend ist. Die andere Methode ist genauer, wenn es sich um die Menge des verbrauchten Sauerstoffs, und zwar durch Untersuchung der Sauerstoffs, weil das im Körper verbrauchte Sauerstoff fast ausschließlich im Harn ausgeschieden wird. Ferner wird das vom Körper verbrauchte Sauerstoff, was ebenfalls ziemlich genau gegeben sein kann. Das Zeit in der Versuchszeit nicht durch die Rippen geschwächt, wie der getrocknete Ausstrich ist, sondern es wird ausgedehnt. Natürlich wird nicht das Fett im Luftstrom ausgemessen, sondern als Kohlenstoff, das Verbrennungszulage von Fett und Sauerstoff. Das Blut enthält neben Wasser und Blutzucker auch Fett. Das Blut strömt durch die Lungen, beim Atmen kommt es durch den Sauerstoff der Luft zur Verbrennung. Das Blut wird ausgedehnt, desto mehr Fett wird verbraucht. Der Mensch atmet um so schneller, je mehr und je schwerer er arbeitet. In dem Maße der Ausatmungsleistung läßt sich also feststellen, wieviel Fett vom Körper verbraucht ist. Bei dieser Methode wird also eineinhalb bis zwei Liter Sauerstoff durch den Harn ausgeschieden ist, und andererseits wieviel Kohlenstoff ausatmet wurde. Nimmt der Versuchsmensch auch Nachzug zu sich, müssen auch noch die im Harn enthaltenen ungenutzten Abnutzungsmittel berechnet werden, also der Nährstoffgehalt der Nahrung.

Feuerungszulage 25 % die Stunde und für das Wohngebiet ...

Die neuen Feuerungszulagen für Ostpreußen.

Nachdem durch die Berliner Verhandlungen für die unter den ...

Vereinbarung für das Ostpreussische Bau-

gewerbe vom 25. September 1918.

Inhalts (Etwas) notwendig hat als ein nicht-entbehrlicher ...

Table with 3 columns: Hungerzustand, Ruhe, Arbeit. Rows show energy expenditure in kcal.

Nach Rubner braucht ein sehr schwer Arbeitender ...

Beantwortet haben wir damit noch nicht, was schwerer ...

§ 1. Auf allen nachbenannten Arbeitsstätten, die unter die ...

Demnach beträgt der Einheitsstundenlohn, einschließlich ...

Table with 4 columns: Wohngebiet, Wauer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter. Lists 24 regions with wage rates.

menn ein anderer solche Untersuchungen anstellen würde ...

Wenn man hier hingehört wird der Leser schon ge- ...

Table with 4 columns: Wohngebiet, Wauer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter. Lists 29 regions with wage rates.

§ 2.

- a) örtliche Sonderzulagen, soweit bei deren Vereinbarung ...

§ 3.

Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung ...

§ 4.

Vor dem 1. April 1919 dürfen keine neuen Forderungen ...

Arbeitsmarkt.

Unsere Verwaltung in Chemnitz gibt bekannt, dass ...

a. v.- und g. v.-Leute.

Vom Verfasser des Recens 651 wird uns ge- ...

Die Armut — sonst und jetzt.

Früher lag sie an der Straße, mo vorbei die Reichen ...

Deute steht die Armut schweigend, steht mit finnem ...

Deute nicht in Demut horst sie auf des frommen ...

Will nicht vor den Türen wimmern; durch die Hallen ...

